

Tirol

Sonntag, 28.02.2021

## EU zahlt Prämie, aber die Behirtung dazu fehlt

Zwölf Mio. Euro fließen in Österreich jährlich an "Behirtungszuschlag". Sechs Mio. Euro davon erhalten rund 1700 Tiroler Almbetriebe. Einige offensichtlich zu Unrecht, weil sie Kriterien der Förderung nicht ganz erfüllen. Insgesamt fehlen vollwertige Hirten.

Von Liane Pircher

Innsbruck - Die diesjährige Almsaison steht erst vor der Tür. Keiner weiß, wie dieser Sommer werden wird - auch nicht hinsichtlich neuer Wolfsprobleme. Zuletzt wurde wieder der Ruf nach der Möglichkeit einer Entnahme von Wölfen laut - nicht nur in Südtirol. Gleichzeitig hält die EU an ihren Habitat-Richtlinien und damit am strengen Schutz des Wolfes fest. Mittels Förderungen und Initiativen will sie dafür Herdenschutzmaßnahmen forcieren.

Erst kürzlich gab es dazu eine erste alpine Herdenschutzkonferenz via Zoom-Meeting, bei der auch über die so genannte Initiative "LIFEstock-Protect" gesprochen wurde. Ein Großteils von der EU finanziertes Projekt, bei dem knapp fünf Millionen Euro für Maßnahmen zum Herdenschutz investiert werden (die TT berichtete).

Ein Knackpunkt beim Schutz vor dem Wolf ist die Behirtung auf Österreichs Almen. Anders als in Deutschland oder der Schweiz gibt es den Beruf des Hirten oder Schäfers hierzulande nicht. Dieser ist im Laufe der Jahrzehnte quasi ausgestorben. Deshalb setzt man alles daran, eine neue Ausbildungsschiene aufzubauen - so wird an der Südtiroler Fachschule Salern gerade an einem Kurs für Hirtinnen/Hirten getüftelt. Dieser soll im Herbst starten. Dass es an Hirten mangelt, stellt der Bundesverband für Schafe und Ziegen in seinen Abschlussberichten seit Jahren immer wieder fest: Es gebe in Österreich kaum gut ausgebildete oder erfahrene Hirten, heißt es.

Auf dem Papier - vor allem bei Förderanträgen - gibt es dennoch Hirten. Insgesamt zählt das Landwirtschaftsministerium 7170 Hirten auf Österreichs Almen. Für 4517 dieser Hirten gab es allein im Jahr 2019 über die AMA einen "Behirtungszuschlag" aus dem ÖPUL-Fördertopf (ein von Bund und EU gefördertes Agrar-Umweltprogramm zur regionalen Entwicklung).

Insgesamt sind hier 2019 mehr als zwölf Millionen Euro an Almbauern geflossen. Auf Tirols Almen waren bei der Landwirtschaftskammer im Jahr 2019 in Summe 3054 Hirten ausgewiesen. Davon hat ein Teil - 1725 Hirten bzw. Betriebe - im Jahr 2019 einen Behirtungszuschlag beantragt (rund sechs Millionen Euro Fördergelder). Tirol erhält im Bundesländervergleich die meisten Gelder, hat aber auch viele Almen (über 2000 und die meisten Melkalmen Österreichs).

Fakt ist, dass zumindest der Behirtungszuschlag derzeit vom Großteil der Antragsteller nicht im Sinne des Erfinders, sprich der EU, verstanden wird: "Derzeit ist es eher eine Nutztierhalter-Prämie ohne gutes Wolfs- und Herdenmanagement", sagt Prof. Klaus Hackländer, Experte für Wildtiermanagement von der Universität für Bodenkultur.

Dabei wären die Förderkriterien klar: "Die Behirtung erfordert eine tägliche, ordnungsgemäße Versorgung der Tiere, erforderlichenfalls auch nächtens. Eine reine Nachschau ist nicht ausreichend, der Hirte muss während der Almperiode überwiegend anwesend sein ... Die Behirtung mehrerer Almen durch ein und denselben Hirten ist nicht zulässig", heißt es in der Beschreibung zur Förderung.

Auf österreichischen Almen wird vielerorts keine durchgängige Behirtung mehr praktiziert, was dazu führt, dass gerade bei Schafen und Ziegen Wolfsrisse oft erst Tage nach der Tat entdeckt werden. Alle Förderempfänger müssen zwar eine Schulung nachweisen und es gibt auch angekündigte Kontrollen seitens der AMA: Trotzdem sehen viele Experten einen Handlungsbedarf, wenn es um die Definition der Arbeit von Hirten auf Almen geht.

Nicht zuletzt weil klar ist, dass es trotz technischer Möglichkeiten oder Herdenschutzhunden nie ohne Mensch gehen wird, wenn man Weidetiere vor Wolfsangriffen schützen will. Deshalb macht sich nicht nur das Österreichzentrum Bär, Wolf, Luchs für eine neue und bessere Hirtenausbildung stark. Auch Hackländer sagt: "Ohne Mensch wird es nicht gehen, nicht nur weil es Gegenden gibt, wo man keine Elektrozaune aufstellen kann. Es braucht auf jeden Fall immer Hirten, am besten gut ausgebildete Hirten. In regelmäßigen Abständen Nachschau zu halten, ist zu wenig."

Man müsse viel mehr darüber diskutieren, was eine gute Behirtung sei, und genauer hinschauen, wenn es wenig Obsorge von geförderten Nutztierhaltern gibt: "Es geht hier auch um Steuergelder." Herdenschutz kostet Geld, das müsse allen klar sein. Auch den Städtern, die wollen, dass wir mit dem Wolf leben: "Diese müssen dann auch bereit sein, mehr für Lammfleisch zu bezahlen."

Den Bauern muss man indes erklären, dass die EU mittlerweile in mehreren Schreiben (liegen der TT vor) an österreichische Politiker und Bauernvertreter klargestellt hat, dass weder Wolf-Freihaltezonen noch die Entnahme von so genannten Problemwölfen mit den strengen Habitat-Richtlinien aktuell möglich sind. Der Schutz des Wolfes werde nicht aufgeweicht, heißt es seitens der EU-Kommission. Die Forderung nach Abschuss ist damit keine Lösung. Letzteres ist nur dann machbar, wenn zuvor im Bereich des Herdenschutzes alles unternommen wurde. Hier gibt es aber noch viel Luft nach oben - so sieht es zumindest die EU.

Deshalb laufen derzeit auch Tiroler Bemühungen für eine Senkung des strengen Schutzstatus sowie Petitionen für eine "Alm ohne Wolf" ins Leere. In einem der Schreiben der EU-Kommission heißt es, "dass der Rechtsrahmen der Habitat-Richtlinie, der den Wolf als streng geschützte Art aufführt, den nationalen Behörden die Möglichkeit gibt, in Ausnahmesituationen Ausnahmeregelungen zu erlassen. Diese Richtlinie ist nach wie vor zweckmäßig und es gibt Möglichkeiten für geeignete Maßnahmen, die im Einklang mit der aktuellen EU-Politik zum Wolf geeignet sind." Die Tiroler Landwirtschaftskammer bleibt trotzdem dabei, dass "sich die traditionelle Almwirtschaft, die auch eine starke touristische Nutzung mit sich bringt, keinesfalls mit der Wiederansiedelung großer Beutegreifer vereinbaren lässt". Nicht jede Alm lasse sich ausreichend schützen.

Offen bleibt, wie es weitergeht. LK-Präsident Josef Hechenberger dazu: "Wir sind mit Rechtsexperten im Austausch, um auszuloten, wo es Spielräume in der aktuellen Rechtsgrundlage für ein geregeltes Wolfsmanagement mit Entnahmen gibt. Die Ergebnisse sind gerade in Auswertung. Wenn es keine Möglichkeit gibt, Herden zu schützen, müssen wir Lösungswege finden und den nötigen Druck aufbauen, damit diese umgesetzt werden."